

# SPÖ-Widerstand gegen „Privilegien“ für Stiftungen

Geplantes Gesetz mit Steuerbegünstigung verschoben

Gerald John

**Wien** – Der Appell richtet sich ans soziale Gewissen der roten Abgeordneten. Wieder einmal kommt er von der eigenen Basis. In einer Petition fordert eine Gruppe Funktionäre aus dem 9. Wiener Bezirk die Genossen im Parlament auf, ihr Ja zu neuen Steuervorteilen für Privatstiftungen, wo Reiche ihr Geld parken, zu verweigern: „Jede weitere Vergünstigung für die Wohlhabendsten ist ein Schritt in die exakt falsche Richtung.“ Argumentative Schützenhilfe bezieht die „Sektion 8“ von Experten wie dem Finanzrechtler Werner Doralt oder dem Wirtschaftsforscher und SPÖ-Berater Markus Marterbauer.

Der Zuspruch ist noch ausbaufähig, bisher haben einzelne Landtagsabgeordnete aus Wien und Salzburg unterschrieben. Doch einen Nerv treffen die Aktivisten zweifellos. Im STANDARD haben bereits namhafte Sozialdemokraten wie die Länderchefs Erich Haider (Oberösterreich) und Gabi Schaubnig (Kärnten) sowie Arbeiterkammer-Direktor Werner Muhm gegen „neue Privilegien für Superreiche“ protestiert.

## Skepsis im SPÖ-Klub

Auch im SPÖ-Klub, der die geplanten Änderungen mitbeschließen soll, regt sich Skepsis. Auf Betreiben der Sozialdemokraten werde das geplante Gesetz nun doch noch nicht heute, Donnerstag, im Finanzausschuss des Nationalrates behandelt, erzählt Finanzsprecher Jan Krainer: „Es sind noch Fragen offen, ob das Gesetz wirklich unserem politischen Willen entspricht. Wir wollen keine ungerechtfertigten Privilegien.“

Welche Einwände konkret gemeint seien, will Krainer noch nicht sagen. In der Kritik stand bisher vor allem ein Passus. Wer Vermögen in einer Stiftung anlegt, um es dort steuergünstig wachsen zu lassen, muss derzeit fünf Prozent Eingangssteuer bezahlen. Künftig dürfen sich Stiftungen das bereits bezahlte Geld auf zu entrichtende Körperschaftssteuer anrechnen lassen. Und zwar rückwirkend.

„Es ist weltweit wohl einzigartig, dass ein Staat eine bezahlte Steuer ohne soziale Rechtfertigung wieder zurückerstattet“, kritisiert der Universitätsprofessor Doralt, der am Mittwoch gemeinsam mit dem Grünen-Budgetsprecher Bru-

no Rossmann gegen das Regierungsvorhaben mobil machte. Der Finanzrechtler widerspricht dem Argument von SPÖ-Staatssekretär Christoph Matznetter, wonach es sich beim umstrittenen Punkt nur um „ein Placebo“ handle, das keine echten Vorteile bringe. Um einen Nutzen zu ziehen, müsste eine Stiftung bloß ihr Vermögen in Immobilien anlegen, meint Doralt – was überdies zu einem unerwünschten Preisanstieg führen könnte. Für den Grünen Rossmann ist das neue „Privileg“ schlicht „ein Hammer“.